

Mammographie

Statt Zwang zur Reihenuntersuchung jetzt Zwang zur Beratung

Krebsvorsorge und andere Früherkennungsuntersuchungen sollen nun doch nicht zur Pflicht werden. Darauf verständigte sich am 20. Juli 2007 der Gemeinsame Bundesausschuß (GBA) der Gesundheitsbranche, der den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) festlegt, und hebelte damit einen äußerst umstrittenen Punkt der Gesundheitsreform aus, der wie gemeldet bereits im April 2007 in Kraft getreten war.

Wer ab dem Geburtsjahrgang 1987 an einem Krebs erkrankt, für den eine Früherkennungsmaßnahme angeboten wurde, aber nicht daran teilnahm, sollte nach dem Willen der großen Regierungskoalition mit erhöhten Zuzahlungen zu den Behandlungskosten bestraft werden. Diese Regelung hat der Bundesausschuß, dem Ärzte und Vertreter von Kliniken, Krankenkassen und Patientenorganisationen angehören, nun ge-

kippt. Statt der regelmäßigen Teilnahme an Früherkennungsmaßnahmen selbst, sollen Kassenpatienten nun nur noch eine einmalige Beratung über Vor- und Nachteile der Früherkennung nachweisen. Diese Regelung soll zunächst für Brust-, Darm- und Gebärmutterhalskrebs gelten. Wie es heißt, wird Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt gegen diesen Vorschlag kein Veto einlegen. Sie halte den Beschluß grundsätzlich für einen guten Kompromiß, dem gesetzlichen Auftrag nachzukommen. Die Einzelheiten würden jedoch noch genau von ihrem Ministerium geprüft, erklärte sie in Berlin.

Ziel der Pflichtberatung soll sein, die Patienten zur Früherkennung zu motivieren, heißt es. Allerdings gebe es auch Risiken wie die Strahlenbelastung bei Mammographien zur Brustkrebserkennung sowie die falsche Interpretation der Ergebnisse mit ihren Folgen. Bei einer Zwanguntersuchung müßten deshalb strengere Maßstäbe gelten. Letztlich habe jeder Patient auch ein „Recht auf Nichtwissen“. Der Ausschußvorsitzende Rainer Hess: „Vor diesem Hintergrund dürfen Versicherte nicht zur Teilnahme an diesen Untersuchungen gezwungen werden. Jeder Einzelne muß hier zunächst für sich selbst einen eventuellen Nutzen ge-

gen einen eventuellen Schaden abwägen.“

Wer also der Werbung der Gesundheitsbranche nachgibt, an Früherkennungsuntersuchungen teilnimmt und später unter den Folgen leidet, hat nach absolvierter Beratung über die Vor- und Nachteile also künftig selbst Schuld. In Deutschland erkranken jährlich rund 50.000 Frauen an Brustkrebs und circa 18.000 sterben jedes Jahr daran. Wenn jedoch 2.000 Frauen zehn Jahre lang am Mammographie-Screening teilnehmen, stirbt nur eine von ihnen weniger an Brustkrebs, während die Gesamtsterblichkeit sogar völlig unverändert bleibt. Etwa die Hälfte der teilnehmenden Frauen wird zudem während dieser Zeit mit einer falsch positiven Diagnose konfrontiert und auf eine gerettete Frau kommen zehn falsch behandelte. Deshalb nehmen viele Frauen nicht an den Röntgen-Reihenuntersuchungen teil. ●

Epidemiologie

Vermehrt Kinderkrebs um AKW

In einer im Juli 2007 im European Journal of Cancer Care

veröffentlichten Metaanalyse ermittelten Peter J. Baker und D. G. Hoel von der Abteilung für Biostatistik und Epidemiologie der Medizinischen Universität von South Carolina in Charleston (USA) ein erhöhtes Leukämierisiko in der Nähe von Atomkraftwerken und anderen Nuklearanlagen. Die Analyse umfaßt Daten aus 17 Studien mit 136 Nuklearanlagen in den Ländern USA, Kanada, Großbritannien, Japan, Frankreich, Spanien und Deutschland für die Jahre 1984 bis 1999. Baker und Hoel fanden bei Kindern der Altersgruppe bis neun Jahre ein um 23 Prozent erhöhtes Risiko an Leukämie zu sterben, wenn diese in einem Abstand von bis zu 16 Kilometern von den kerntechnischen Anlagen entfernt leben. Die Neuerkrankungsrate für Leukämie ist unter den gleichen Bedingungen um 14 bis 23 Prozent erhöht. Die Untersuchung wurde im Auftrage des Energieministeriums der USA durchgeführt.

P. J. Baker, D. G. Hoel: Meta-analysis of standardized incidence and mortality rates of childhood leukaemia in proximity to nuclear facilities, *European Journal of Cancer Care*, 2007, 16, 355-363. ●

Atomwirtschaft

Deutsche Atomkraftwerke haben schwere Sicherheitsdefizite

Deutsche Atomkraftwerke schneiden im internationalen Vergleich schlecht ab. Gefährliche Fehlkonstruktion in deutschen Atomkraftwerken. Brände können zum Super-GAU führen. Brunsbüttel-Mängelliste dokumentiert gefährliche Kungelei von Atomindustrie, Gutachterorganisationen und Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein.

Die Ärzteorganisation IPPNW widerspricht Ansichten wie der des bayerischen Wirtschaftsministers Erwin Huber

(CSU), die deutschen Atomreaktoren seien „die sichersten Kernkraftwerke der Welt“ (Bayern2Radio vom 16. Juli 2007). Die Ärzteorganisation verweist auf einen bereits 1997 von der OECD veröffentlichten internationalen Vergleich von Atomkraftwerken, eine Art „Pisa-Studie für Kernkraftwerke“. Demnach ist bei deutschen Atomkraftwerken die Gefahr extrem hoch, daß es bei einer Kernschmelze zu massiven Freisetzungen von Radioaktivität kommt. Der OECD-Vergleich ergab, daß in dem deutschen Referenz-Atomkraftwerk Biblis B

die bei einer Kernschmelze zu erwartende Wasserstoffkonzentration im Sicherheitsbehälter mit 19 Prozent weitaus größer ist als in ausländischen Referenz-Anlagen (mit 10 bis 15 Prozent).

Die hohe Wasserstoffkonzentration führt laut OECD im deutschen Atomkraftwerk zu einer „erhöhten Schadensanfälligkeit gegenüber Wasserstoffexplosionen in der frühen (und späten) Phase schwerer Unfallabläufe“.

Der durch Wasserstoffexplosionen erwartete Druckaufbau im Sicherheitsbehälter liegt in